

# Kraftloser Aufschlag

Als kraftlosen Aufschlag bewertete die Verhandlungskommission von ver.di, GEW und GdP das vorgelegte „Angebot“ der öffentlichen Arbeitgeber, das die Arbeitgeberseite auf „fünf Prozent“ bezifferte. Aber schon ein kurzer Blick bringt es an den Tag, ohne Rechnungskünstler sein zu müssen.

„Die Zahl soll der Öffentlichkeit imponieren, aber tatsächlich stünden die Beschäftigten damit Ende 2009 schlechter da als heute“, so Verhandlungsführer Frank Bsirske (ver.di) anlässlich der Pressekonferenz.

Die von den Arbeitgebern vorgeschlagenen

- 2,5 % zum 1. Februar 2008
- 1,0 % zum 1. Oktober 2008 und
- 0,5 % zum 1. März 2009

summieren sich bei der von ihnen angestrebten Laufzeit von 24 Monaten auf gerade mal

- 2,5 % mehr im Jahre 2008 und
- 0,4 % mehr im Jahre 2009.

Diesen minimalen Anstieg sollen die Beschäftigten bei Bund und Kommunen nicht nur selbst finanzieren, sondern dabei sogar noch draufzahlen. Denn die Arbeitgeber wollen die Wochenarbeitszeit

- ab 1. Juli 2008 auf 39,5 Stunden und
- ab 1. Januar 2009 auf 40 Stunden

erhöhen.

Die angeblichen fünf Prozent werden

überdies geschmälert, da für 2008 und 2009 jeweils 0,5 % davon auf ein höheres Volumen für das Leistungsentgelt entfallen sollen – eine Zahlung, die nicht allen Beschäftigten zugute käme.

Von einer sozialen Komponente, wie die Gewerkschaftsseite sie fordert, ist im Angebot der Arbeitgeber erst gar nichts zu lesen.

Kein Wort auch zur Frage der Fortgeltung von Ansprüchen auf Bewährungsaufstiege und Vergütungsgruppenzulagen, die geregelt werden müssen, solange es für Bund und Kommunen noch keine neue Entgeltordnung gibt.

Die Gewerkschaftsseite zeigte sich empört darüber, dass die Arbeitgeber „im Jahre 19 der deutschen Einheit“ noch immer einen Unterschied in der Bezahlung zwischen Ost und West machen wollen.

Alles in allem sei dieses „Angebot“ eine Provokation – womöglich nach dem Motto, der Versuch koste ja nichts, sagte der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg. Die Arbeitgeber sollten sich aber nicht täuschen, denn dieser Versuch koste sie ihre Glaubwürdigkeit bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und auch in der Öffentlichkeit.

Am 11./12. Februar 2008 folgt in Potsdam die dritte Runde.